

Stadtpunkte

3|22



IM FOKUS

Ukraine-Geflüchtete: Städte brauchen schnelle Hilfen vom Land

Online-Plattform zur Unterbringung von ukrainischen Geflüchteten

Musikschuloffensive von Land und kommunalen Spitzenverbänden auf Erfolgskurs

AUS DEN STÄDTEN

Nordrhein-Westfalen stärkt Cybersicherheit in den Kommunen

FACHINFORMATIONEN

KALEIDOSKOP

GERN GESEHEN

Der Wochenmarkt in Mönchengladbach-Rheydt



Ukraine-Geflüchtete: Städte brauchen schnelle Hilfen vom Land

Der Städtetag NRW fordert vom Land Sofortmaßnahmen, um die Städte bei der Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine zu unterstützen. Der Vorsitzende des Städtetages NRW, Bielefelds Oberbürgermeister Pit Clausen, sagte der Rheinischen Post:

„Die Städte in Nordrhein-Westfalen arbeiten mit Hochdruck daran, die geflüchteten Menschen aufzunehmen und angemessen zu versorgen. Wir wollen den Menschen schnell



Foto: Stadt Bielefeld

„Die Städte in Nordrhein-Westfalen arbeiten mit Hochdruck daran, die geflüchteten Menschen aufzunehmen und angemessen zu versorgen.“

Oberbürgermeister
Pit Clausen
Vorsitzender Städtetag NRW

Schutz und Sicherheit nach der kräftezehrenden Flucht vor der Gewalt in der Ukraine geben. Und mit jedem Kriegstag werden es mehr Menschen, die mit Bussen und Bahnen ankommen und Hilfe brauchen. Besonders die Großstädte sind für viele Geflüchteten die erste Anlaufstelle. Viele Städte haben ihre Kapazitäten bereits deutlich überschritten. Das Land muss deshalb Sofortmaßnahmen ergreifen und die Geflüchteten besser verteilen auf weniger belastete Städte und Gemeinden im Land. Auch die Kapazitäten in den Landeseinrichtungen müssen aufgestockt werden.

Wir sehen das Land auch in der Pflicht, eine effektive dezentrale Erfassung der Geflüchteten zu organisieren. Die Kommunen sind hierfür weder personell noch technisch ausreichend ausgestattet. Genauso gehört die gesundheitliche Erstversorgung dazu. Und wir brauchen einen zügigen Informationsfluss, wie sich die aktuelle Lage entwickelt, um uns vorbereiten zu können. Deshalb gehören die Städte mit in die Krisenstäbe des Landes.

Das Land hatte das klare Signal gegeben, die Städte „ohne Wenn und Aber“ bei der Aufnahme von Geflüchteten zu unterstützen. Über all diese Fragen stehen wir mit der Landesregierung in guten Gesprächen und erwarten rasche und klare Ergebnisse. Bund und Land müssen die Städte bei der Finanzierung in großem Umfang entlasten. Denn die geflüchteten Menschen unterzubringen und zu versorgen ist eine gemeinsame Aufgabe.

Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung ist überwältigend. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind solidarisch. Nun muss auch das Land klar zeigen, wir lassen die Städte nicht allein.“

Online-Plattform zur Unterbringung von ukrainischen Geflüchteten

Zur Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine auf dem Wohnungsmarkt wird die Landesregierung Nordrhein-Westfalen – auf Initiative des Verbandes der Wohnungswirtschaft (VdW) Rheinland Westfalen – und zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden NRW eine digitale „Wohnraumkarte“ aktivieren.

Die Wohnraumkarte ist eine Online-Plattform, die Kommunen bei der Unterbringung von Geflüchteten unterstützt und zugleich eine schnelle Kontaktaufnahme zwischen den Kommunen sowie Wohnungsunternehmen und -genossenschaften ermöglicht.

Die Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände, Helmut Dedy (Städtetag NRW), Dr. Martin Klein (Landkreistag NRW) und Christof Sommer (Städte- und Gemeindebund NRW) erklärten dazu:

„Die ‚Wohnraumkarte‘ kann den Kommunen ermöglichen, den Geflüchteten schnell und praxisnah zu helfen. Sie kann dazu beitra-



gen, den Aufwand bei der Suche nach freiem Wohnraum zu verringern und den Städten, Kreisen und Gemeinden durch eine Gesamt-sicht auf den Wohnungsmarkt ein gewisses Maß an Planbarkeit zu verschaffen. Die Kommunen sind für jede Unterstützung durch die Wohnungsunternehmen und -genossenschaften dankbar.“

Binnen eines Wochenendes wurde diese Dreifachhalle in Münster vollständig eingerichtet, am Montagmorgen dann von ersten Geflüchteten bezogen. (Foto: Amt für Kommunikation, Stadt Münster)

Titelfoto:

Flagge für den Frieden

Die Stadt Münster hat als Zeichen für eine friedliche Welt die Flagge des Netzwerkes „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden) am Stadtweinhaus gehisst. Anlass ist der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine. Das Netzwerk der „Mayors for Peace“ setzt sich seit seiner Gründung 1982 für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen ein. Weltweit gehören dem Netzwerk mehr als 7900 Städte an, darunter mehr als 680 Städte in Deutschland.

(Foto: Amt für Kommunikation, Stadt Münster)

Musikschuloffensive von Land und kommunalen Spitzenverbänden auf Erfolgskurs

Von Hedwig Otten

Zur Stärkung der öffentlichen Musikschularbeit hat das Land NRW gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden die „Musikschuloffensive“ aufgelegt. Sie soll den Musikschulen Möglichkeiten zur qualitativen Weiterentwicklung geben und zugleich den Anteil sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse an den Musikschulen erhöhen. Mit einer stufenweisen Erhöhung der Landesförderung bis 2022 stehen ab 2022 dauerhaft jährlich 6,5 Millionen Euro zusätzlich zur bisherigen Förderung zur Verfügung. Die Landesinitiative ist die erste umfassende und auf Dauer angelegte Qualitäts- und Strukturoffensive um die Zukunft der musikalischen Bildung in Nordrhein-Westfalen zu sichern.

Mit der Musikschuloffensive fördert das Land die kommunal getragenen Musikschulen im Rahmen einer pauschalen Festbetragsfinanzierung mit einem Personalkostenzuschuss – je nach Größe der Musikschule – für sozialversicherungspflichtige Stellen. Zur praktischen Umsetzung hat das Kulturministerium mit den kommunalen Spitzenverbänden, unter Beratung des Landesverbands der Musikschulen in NRW (LVdM), einen öffentlich-rechtlichen Zuwendungsvertrag für die Gewährung von Förderungen des Landes an die einzelnen Musikschulträger vereinbart.

Die Gesamtsumme der Förderung wurde vom Land NRW von vornherein festgelegt. In einem komplexen und partizipativen Konzeptionsprozess wurde ein Verfahren entwickelt, das sowohl die inhaltliche Wirksamkeit des Stellenaufwuchses als auch einen gerechten Verteilerschlüssel zwischen den Musikschulen gewährleistet. So wurde als Minimum ein

Stellenumfang von zwei Tagen, als Maximum eine Vollzeitstelle festgelegt und die Deputate zwischen diesen Werten in sinnvollen Stundenschritten verteilt. 87 Zuwendungsverträge wurden bislang geschlossen. Die Landesförderung ist hier u.a. an die Zusicherung des Beitrages der Kommunen geknüpft und wird für mehrere Jahre festgeschrieben.

Gleichzeitig verabredeten die Partner mit Beginn der Planungen, dass durch die Musikschuloffensive auch inhaltlich ein bildungsgerechter Beitrag zur Zukunftssicherung der Einrichtungen geleistet werden soll, in Gestalt einer fachlichen und strukturellen Begleitung durch den LVdM. Als zentrale Themenfelder identifizierten Land und Kommunale Spitzenverbände die Bereiche Elementare Musikpädagogik und Kita-Kooperationen, Diversität, Digitalisierung in der Musikpädagogik, Kooperationsmanagement sowie Talentförderung und Personalentwicklung.

Für die Weiterentwicklung dieser Themen konnte der LVdM fünf Referenten und Referentinnen einstellen. Sie übernehmen Beratungsaufgaben bei der Abwicklung der Musikschuloffensive und bringen jeweils eine Expertise in den verschiedenen Themenfeldern mit. Ihre Beratungsleistung steht sowohl den 160 Mitgliedsschulen des Verbandes als auch den weiteren 26 öffentlich geförderten Musikschulen in NRW zur Verfügung. Zugleich wird über diese vom Land finanzierten Stellen das Know-how aus den Musikschulen gebündelt, weiterentwickelt und mittels Fortbildungen und neuen Austauschformaten im ganzen Land vernetzt.

Dazu einige Beispiele: Das neu gegründete Netzwerk EMP-NRW etwa präsentiert die inhaltliche Vielfalt der elementaren Musik-



Das illuminierte Haus ist Sitz des Kulturforums und der Musikschule in Witten (Foto: Jörg Fruck, Stadt Witten)

praxis in NRW und nutzt das Potenzial seiner Akteuren und Akteurinnen für gegenseitigen Austausch sowie Fortbildungen innerhalb des Netzwerks. Die Workshopreihe „Mindset Vielfalt“ gibt wichtige Impulse, um Barrieren an den Musikschulen zu reduzieren, Zugänge zu erleichtern und das Bewusstsein für inklusive und diskriminierungskritische Strukturen an den Musikschulen zu verankern. Der LVdM Digital-Talk up:load bietet eine Austausch- und Fortbildungsplattform für den Digitalisierungsprozess an Musikschulen in NRW.

Außerdem stellt das Land durch eine Digitalisierungsoffensive zusätzliche Mittel bereit: Mit einem Fördervolumen von einmalig 6,2 Millionen im Rahmen des Kulturstärkungsfonds wird derzeit an öffentlichen Musikschulen in NRW eine den neuesten technischen und pädagogischen Standards entsprechende digitale Infrastruktur ausgestattet und aufgebaut.

Hedwig Otten
Landesverband der Musikschulen in NRW e.V.



Kommunen müssen sich besser gegen zunehmende Cyberattacken von Hackern schützen
(Foto: Song_about_summer - stock.adobe.com)



Nordrhein-Westfalen stärkt Cybersicherheit in den Kommunen

Von Dr. Frank Laicher

Rauchmelder schützen. Allerdings geben sie erst Alarm, wenn es schon brennt und raucht. Wie viel nützlicher wäre es, wenn eine automatische Schutzeinrichtung bereits vor dem beginnenden Schadensereignis warnen würde? Genau das kann der Kommunale Warn- und Informationsdienst (KWID) für die Informationssicherheit der Kommunen in Nordrhein-Westfalen leisten.

Kooperation Land und Kommunen

Der Kommunale Warn- und Informationsdienst ist ein Angebot der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Er ist zugleich der Grundstein einer geplanten, langfristigen IT-Sicherheitskooperation zwischen Land und Kommunen. Die Zusammenarbeit soll die Verwaltungen noch widerstandsfähiger gegen Cyberrisiken wie

Hacker-Angriffen machen. Die Kommunen und kommunalen Rechenzentren in Nordrhein-Westfalen können sich ab sofort über den freigeschalteten Dienst zielgerichtet mit allen Meldungen zur Informationssicherheit versorgen lassen, die auch die Landesverwaltung selbst nutzt - und das kostenfrei.

Der neue Informationsdienst wird vom Beauftragten der Landesregierung für Informationstechnik (CIO), Prof. Dr. Andreas Meyer-Falcke, verantwortet und über den Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) bereitgestellt. Er wird über eine webbasierte Schnittstelle angeboten, die es ermöglicht, den eigenen Bedarf an Warnmeldungen passgenau zu konfigurieren.

Bedarfsgerechte Auswahl

Alle Informationen des Kommunalen Warn- und Informationsdiensts sind mit Schlagworten versehen. Mithilfe einer Schlagwortauswahl können Kommunen diejenigen Themen ausschließen, die für ihren Verantwortungsbereich keine Rolle spielen. So passieren die Schnittstelle ausschließlich relevante Meldungen, die einer unverzüglichen Bearbeitung durch den jeweiligen kommunalen Fachbereich zugeführt werden können.

Diese Vorauswahl ist ein bedeutender Vorteil. Denn Kommunen sind vielfach mit der Situation konfrontiert, dass IT und Informationssicherheit immer mehr Digitalisierungsaufgaben bewältigen müssen und die dortigen Ressourcen knapp werden. Der KWID ermöglicht hier einen konkreten Sicherheitsgewinn - kostenfrei und ressourcenschonend. Die eigene Informationssammlung entfällt. Und wer bislang hiermit betraut war, kann nun unmittelbar bei einzuleitenden Schutzmaßnahmen unterstützen.

So werden erkannte Schwachstellen schneller geschlossen. Denn klar ist: Die Meldung an sich generiert keine Sicherheit, aber sie ermöglicht die schnelle Reaktion auf Bedrohungen.

Die Meldungstexte werden durch den Bund-Länder-übergreifenden Verbund der sogenannten Computer Emergency Response Teams (CERTs) bereitgestellt. Kommunen können die Nachrichten über Ihren IT-Dienstleister mittels einer Lizenz abonnieren. Das bei IT.NRW angesiedelte CERT NRW sorgt bei der Landesverwaltung NRW und den NRW-Kommunen mit ihren IT-Dienstleistern für die zügige Informationsverteilung.

Nach Bewertung der Meldungen können, wenn nötig, sofort technische oder organisatorische Maßnahmen durch den IT-Betrieb mit beratender Unterstützung der IT-Sicherheit eingeleitet werden.

Vielfältige Gefahren

Berichte über deutsche Kommunen, die Opfer einer Cyberattacke wurden, sind allgegenwärtig. Abgesehen vom Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in die Sicherheit von Online-Verwaltungsleistungen, dauert es häufig mehrere Monate, einen massiven Schaden in den IT-Systemen aufzuarbeiten. In der Regel ist ein kompletter Austausch der IT anzuraten. Denn Cyberkriminelle können sich so verborgen einnisten, dass bei unsachgemäßer Wiederherstellung ein hohes Rückfallrisiko besteht.

Ein Austausch der IT-Systeme aber schränkt die Arbeitsfähigkeit der Kommune massiv ein: Datenverluste im Digitalen sind wie ein Vollbrand im Archiv absolut desaströs.

Und Cyberkriminelle haben kaum noch Hemmschwellen. Sogar kritische Infrastrukturen, wie zum Beispiel Krankenhäuser, befinden sich in ihrem Visier. Kommunen gelten als lohnendes Ziel, da die Verwaltung vermeintlich unerschöpfliche Geldreserven besitzt.

Es ist davon auszugehen, dass Cyberkriminelle die Meldungslage im Blick haben. Versuche, Systeme über erkannte Schwachstellen zu übernehmen, beginnen unverzüglich und auf einer globalen Skala. Das Wettrennen startet also mit dem ersten Bekanntwerden einer Lücke. Die Cybersicherheitslage ist seit einigen Jahren so einzuschätzen, dass jederzeit ein wirkungsvoller Hacker-Angriff geschehen kann. Nur eine aktive und zügige Absicherung schützt. Dies setzt voraus, schnell Kenntnis zu erlangen - hier hilft der Kommunale Warn- und Informationsdienst.

Ausweitung des Angebotes

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat mit dem Kommunalen Warn- und Informationsdienst ein Angebot gestartet, das schrittweise ausgeweitet werden soll.



Auf dem Weg zu Smart Cities bekommt Cybersicherheit eine immer größere Bedeutung (Foto: istock elenabs)

Ziel ist es, sämtliche auf kommunaler Ebene benötigte Leistungen des CERT NRW nicht nur der Landesverwaltung, sondern auch den Kommunen zugänglich zu machen. Die kommunalen Spitzenverbände und der Dachverband der kommunalen IT-Dienstleister (KDN) wirken hierbei mit. Auf diese Weise soll eine Kooperationskultur zwischen Land und Kommunen bei der IT-Sicherheit geschaffen werden.

CIO Prof. Dr. Meyer-Falcke ist überzeugt, dass diese Form der Zusammenarbeit allen beteiligten Verwaltungen nützen wird: „Ich freue mich, dass wir mit dem Kommunalen Warn- und Informationsdienst den Grundstein einer IT-Sicherheitskooperation zwischen dem

Land und den Kommunen in Nordrhein-Westfalen gelegt haben. Das Land wird seine Angebote für die Kommunen im Bereich der IT-Sicherheit weiter ausbauen und sie somit bei einer grundlegenden Aufgabe entlasten. Die Vernetzung verbessert zudem die gemeinsamen Bemühungen zur Abwehr von Cyberbedrohungen. Davon profitieren beide Partner.“

Dr. Frank Laicher
 Referatsleiter „Informationssicherheit in der Landesverwaltung“ im NRW-Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie und Chief Information Security Officer

Handreichung zur Festlegung der Gebühren für Bewohnerparkausweise

Kommunen können künftig den Wert des Bewohnerparkens in den jeweiligen Bewohnerparkzonen selbst bestimmen und eigenständig Gebührenordnungen für Bewohnerparkausweise erlassen. Eine Handreichung des Zukunftsnetzes Mobilität NRW hilft bei der Festlegung einer angemessenen Gebührenhöhe. Sie wurde vom Städtetag NRW, dem Städte- und Gemeindebund NRW sowie der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise (AGFS NRW) erarbeitet.

<https://t1p.de/handreichung-bewohnerparkausweise>



Report zum Stand der Gleichstellung in Deutschland

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung hat mit dem Report „Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland“ eine Übersicht über den aktuellen Stand der Geschlechtergleichstellung in Deutschland veröffentlicht. Der Report mit Fokus auf dem Arbeitsmarkt zeigt, dass sich positive Trends vor allem bei der Erwerbsbeteiligung und den Einkommen von Frauen fortgesetzt haben. Bei der Mitbestimmung und den Arbeitszeiten baut sich Geschlechterungleichheit aber nur sehr langsam ab. Hemmnisse sind die noch vorherrschende traditionelle Arbeitsteilung, die Präsenzkultur in Unternehmen und ungleiche Berufsbewertungen.

<https://t1p.de/Gleichstellungsreport>



Förderprojekt Inklusion vor Ort

Noch bis zum 31. Mai läuft die Bewerbungsfrist für ein Förderprojekt „Inklusion vor Ort – Das Programm für die modellhafte Förderung inklusiver Sozialräume in Nordrhein-Westfalen“. Ziel ist eine bessere örtliche Inklusion in bis zu vier NRW-Kommunen. Als Förderzeitraum sind fünf Jahre geplant. Dabei wird je Kommune eine gemeinsame Bewerbung einer Kommunalverwaltung und einer sozialen Organisation mit bis zu 200.000 Euro pro Jahr unterstützt. Informationen zum Projekt und zur Bewerbung gibt es auf der Seite der Aktion Mensch und auf den Ministeriumsseiten.



www.aktion-mensch.de/kommune-inklusive/neue-foerderung/nordrhein-westfalen.

www.mags.nrw/inklusion-vor-ort.

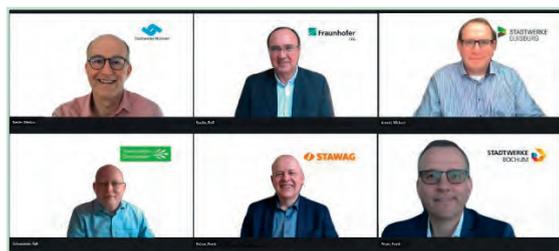


Grugapark Essen (Foto: Elke Brochhagen Stadt Essen)

Essener Grugapark soll bis 2029 modernisiert und weiterentwickelt werden

Der Grugapark in Essen macht sich frisch für seinen 100. Geburtstag: Bis 2029 sieht das Parkentwicklungskonzept mehr als 50 Projekte vor, um die grüne Oase an der Messe zeitgemäß weiterzuentwickeln. Vorgesehen sind u. a. Online-Ticketing, eine Gruga-App, neue Gärten wie ein Klimagarten und ein fernöstlicher Garten, Blühwiesen zur Steigerung der Biodiversität, Streetart und Kunstprojekte. Am 30. März soll der Rat der Stadt Essen über das Parkentwicklungskonzept entscheiden. Um alle Maßnahmen umsetzen zu können, benötigt der Grugapark in den nächsten Jahren Mittel in Höhe von rund 30 Millionen Euro.

www.grugapark.de/pek



Stadtwerke Aachen, Düsseldorf, Münster, Bochum und Duisburg schließen „Allianz für Geothermie“

Die Stadtwerke in Aachen, Düsseldorf, Münster, Bochum und Duisburg haben zusammen mit der Fraunhofer-Einrichtung für Energieinfrastrukturen und Geothermie (IEG) eine „Allianz für Geothermie“ geschlossen. Sie wollen sich gemeinsam für verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen und schnelle Verwaltungsprozesse für Geothermieprojekte in NRW einsetzen. Trotz guter Voraussetzungen z. B. in den Gruben stillgelegter Steinkohlebergwerke wird bislang nur wenig Heizwärme aus tiefen Gesteinsschichten gefördert.

www.ieg.fraunhofer.de

Interaktiver Ehrenamtsatlas liefert Daten zum Engagement in NRW

19,14 Milliarden Euro ist die freiwillige Arbeit der Ehrenamtlichen in NRW in nur einem Jahr wert, wenn man das Engagement auf Basis des Mindestlohns vergüten würde. Diese und weitere Zahlen, Daten und Fakten liefert der „Ehrenamtsatlas – So engagiert sich NRW“. Enthalten sind Daten zu Bereichen wie Sport, Wohlfahrt, Kunst & Kultur, Natur- oder Denkmalschutz bezogen auf alle Regionen, Kreise und kreisfreien Städte. Basis ist eine repräsentative forsa-Umfrage im Auftrag von WestLotto.

www.ehrenamtsatlas.de





Wochenmarkt
(Fotos: Stadt Mönchengladbach)

Der Wochenmarkt in Mönchengladbach-Rheydt: Eine Institution erfindet sich neu

Wer wissen möchte wie Mönchengladbach tickt, kann in den Borussia-Park gehen, das Museum Abteiberg besuchen, zu einer Kneipentour in die Altstadt aufbrechen, eine Radtour im Grünen machen – oder einfach einen Samstagmorgen auf dem Wochenmarkt im Stadtteil Rheydt verbringen: Vielfalt und Gemeinsamkeit, Heimatverbundenheit und Offenheit für Neues sind auf dem Markt zwischen historischem Rathaus und Hauptkirche mit allen Sinnen erlebbar.

Zwischen Online-Händlern, trendigen Hoffläden und findigen Discountern behauptet sich der Markt als Treffpunkt, als Nachrichtenbörse und als Bühne für Menschen aus nah und fern. Mit einem hochwertigen, regionalen und facettenreichen Angebot, mit

sympathischem Auftritt und mit neuen Ideen begeistert der Wochenmarkt nicht nur sein Stammpublikum, sondern auch junge Familien aus der gesamten Region.

Längst haben sich auf Initiative unserer Stadtteilkoordinator:innen Kunsthandwerk und Gastronomie zwischen Obst und Gemüse, Fisch und Blumen gemischt. Die Highlights der Markttage gibt es auf Instagram und Facebook: Dazu gehört auch ein Kulturprogramm, das mit Konzerten, Performances und Mitmachaktionen neues Leben auf den Marktplatz bringt.

Felix Heinrichs
Oberbürgermeister
der Stadt Mönchengladbach



Herausgeber:
Städtetag Nordrhein-Westfalen
Gereonstraße 18–32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag-nrw.de
Internet: www.staedtetag-nrw.de
Twitter: [@staedtetag_nrw](https://twitter.com/staedtetag_nrw)

Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied: Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein,
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann
Gestaltung: Anna-Maria Roch
Layout/Druck: Media Cologne GmbH,
Hürth

ISSN: 2748-9752
Köln, März 2022